

Antrag Nr.

## **Gemeinsamer Antrag von CDU / Grüne im Rat der Stadt Essen**

23.05.2023

An die  
Vorsitzende des Kulturausschusses Frau Christiane Moos

An den  
Oberbürgermeister Herrn Thomas Kufen

---

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Zuständigkeiten</b>
Kulturausschuss	07.06.2023	Beratung / Empfehlung
Rat der Stadt Essen	21.06.2023	Entscheidung

### **Bundesinstitut für Fotografie**

#### **Hier: Möglichkeiten einer inhaltlichen und räumlichen Zusammenarbeit**

Sehr geehrte Frau Moos, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kufen,

die Fraktionen von CDU und Grünen beantragen, der Kulturausschuss berät und empfiehlt und der Rat der Stadt Essen beschließt:

**Die gutachterliche Stellungnahme des Herrn Professor Helmut Siekmann bestätigt die erhebliche Kritik an der Standortentscheidung für ein Bundesinstitut für Fotografie zugunsten der Stadt Düsseldorf. Im Interesse und letztendlich zur Stärkung der Fotografie wird die Stadtverwaltung gebeten, auf Bundes- und Landesregierung sowie die Stadt Düsseldorf zuzugehen. Ziel der Gespräche soll sein, bereits bei der Konzeptentwicklung und Planung und letztendlich der Realisierung eines Bundesinstituts die in Essen vorhandene außerordentliche Fachkompetenz sowie bestehende Ressourcen einvernehmlich neu zu bewerten und in die Realisierung einfließen zu lassen (ggf. im Rahmen einer Zwei-Standort-Lösung).**

#### Begründung:

Der Wunsch und Wille, ein Bundesinstitut für Fotografie zu gründen hat bereits eine längere Geschichte. Dabei hat sich die Konzeption immer auch weiterentwickelt, um allen Facetten des Mediums und der Geschichte gerecht werden zu können. Um das Gesamtkonzept zu verwirklichen, wie sie es aus den Empfehlungen der von der ehemaligen Staatsministerin für Kultur und Medien eingesetzte Expertenkommission sowie der von ihr beauftragten Machbarkeitsstudie hervorgeht, braucht es sowohl eine breite Expertise als auch ausreichend große Flächen.

Angesichts der knappen finanziellen Ressourcen bietet es sich an, die bereits ausgeprägten Strukturen in Essen mitzunutzen und diese bei der nun anstehenden Ausarbeitung der Konzeption und der anschließenden Umsetzung einzubeziehen. Auch die zahlreichen Institutionen des Ruhrgebiets sollten in die konkrete Arbeit einbezogen werden. Außerdem sollte geprüft werden, inwieweit aus ökonomischen und inhaltlichen Überlegungen heraus einzelne Abteilungen oder Bausteine des Bundesinstituts für Fotografie auf dem von der Stadt Essen im Prozess bereits angebotenen Standort auf dem Areal des „UNESCO-Welterbes Zeche Zollverein“ umgesetzt werden könnten (vgl. Vorlage 0286/2021/1).

Die gutachterliche Stellungnahme des Staatsrechtlers Professor Dr. Dr. h.c. Helmut Siekmann im Auftrag der Stadt Essen hat die Kritik an der Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages für ein Bundesinstitut für Fotografie am Standort Düsseldorf bestätigt. Es gilt nun, die Fotografie in Deutschland nicht weiter zu schädigen und auszuloten, wie man das Anliegen des Instituts insgesamt stärken und die bestmöglichen Bedingungen für ein Bundesinstitut schaffen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Schrumpf MdL

Neumann